

Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme der örtlichen Kindertageseinrichtungen, der Kindertagespflege und der Offenen Ganztagschule - Jugendhilfeausschuss 17.12.2009

Noch im August - vor den Bundestagswahlen forderte die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen die Länder auf, die Kosten für die Kindergärten zu senken oder sie ganz abzuschaffen. Das Projekt kostenloser Kindergärten wurde von allen Parteien im Wahlkampf gerne aufgenommen.

Doch wer das bezahlen und wie genau dieser Plan dann verwirklicht werden sollte, blieb aber bis heute unklar.

Von kostenloser Kitabetreuung redet heute niemand mehr. Im Gegenteil. Die Kommunen müssen das „ausbaden“, was ihnen Landes- und Bundespolitik vorgesetzt haben. Im Wahlprogramm der BfGT steht, dass Kürzungen im Jugend-, Bildungs- und Sozialbereich nicht unsere Zustimmung finden werden. Bei der Aufstellung dieses Beschlusses war uns die Haushaltslage der Stadt Gütersloh bekannt. Bereits in der Haushaltsrede 2009 im Februar haben wir auf die prekäre Situation hingewiesen.

Jetzt geht es zwar nicht um Kürzungen, sondern um Beitragserhöhungen in nicht unerheblichem Ausmaß. Und gerade diese Erhöhungen werden die Familienkassen belasten.

Mit Blick auf die derzeitigen Medienberichte zur Beitragserhöhung sagte gestern ein noch nicht verheiratetes Ehepaar: „Wir haben noch keine Kinder und müssen uns überlegen, wir uns da überhaupt noch leisten können“. Das klingt vielleicht brutal, aber scheint der Realität tatsächlich zu entsprechen.

Sind Beitragserhöhungen in dieser Größenordnung und zu dieser Zeit überhaupt der Schritt in die richtige Richtung? Werden sich aufgrund der drastischen Erhöhungen nicht mehrere Familien zusammenschließen, um ihre Kinder privat betreuen zu lassen? Die Bundesregierung verspricht Steuerentlastungen. Doch was sind diese Steuergeschenke wert, wenn sie durch lokale Abgaben und Gebührenerhöhungen wieder aufgefressen werden.

400.000 € + X erhofft sich die Verwaltung an Mehreinnahmen, um den maroden Haushalt zu sanieren. Ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man an die insgesamt 26 oder 27 Millionen € denkt, die auszugleichen sind.

Die BfGT Fraktion hält die zusätzliche Belastung im familienfreundlichen Gütersloh für falsch. Die Haushaltssicherung steht vor der Tür. Obwohl die Kassen mehr als leer sind und die Bürger doppelt und dreifach zahlen sollen, halten Verwaltung und politische Mehrheiten an einem 1,7 Millionen € teuren Parkhaus fest und lassen Busse mit großflächigem Werbeaufdruck durch die Stadt fahren. Allein diese Kosten hätte man gar nicht erst ausgeben dürfen. Es gibt auch andere Lösungen!

Solange die Pläne für das Parkhaus und andere „Luxus-Vorhaben“ nicht aufgegeben werden, wird die BfGT-Fraktion Kürzungen oder auch Steuer- und Gebührenerhöhungen eine klare Absage erteilen.

Wir wollen in die Bildung investieren. Einhellige Aussage aller Parteien. Die Bildung beginnt in den Kindergärten unserer Stadt und 1,7 Millionen € durch den vorläufigen Verzicht auf ein Parkhaus am neuen Theater könnten einen wesentlichen Teil dazu beitragen, um die Situation nicht nur in den Kitas zu entschärfen und nicht den Glauben an das zu verlieren, was Politiker im Wahlkampf verlauten ließen.

Nobby Morkes

Jugendhilfeausschuss 17.12.2009